№ 557 B 276 Abend-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 24. November 1923.

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

100 Milliarden

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils) Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 650-

Kardorff als Reichskanzler vorgeschlagen.

Ein Kabinett der Mitte?

Kurz vor Schluß der Redaktion erfahren wir, daß Abgeordneter v. Kardorff zum Reichspräsidenten berufen worden ist. Der frühere Reichskanzler Fehrenbach, der um die Mittagsstunde in Vertretung des Fraktionsvorsitzenden des Zentrums ebenfalls beim Reichspräsidenten ist, hat erklärt, daß das Zentrum zunächst aus seinen Reihen heraus keinen Kanzler stellen könne, daß es aber vorschlage, den Nachfolger Dr. Stresemanns ebenfalls der Deutschen Volkspartei zu entnehmen, und daß dann Abgeordneter v. Kardorff in Frage käme.

*

Der Reichspräsident hat noch im Laufe der Nacht die Führer sämtlicher auf dem Boden der Reichsverfassung stehenden Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, empfangen und sie um ihre Auffassung von der politischen Situation und um Vorschläge für die Bildung des neuen Kabinetts gebeten.

Es ist begreiflich, daß die Auffassung der Führer der einzelnen Parteien nicht einheitlich war. Während die Deutschnationalen ein Kabinett der bürgerlichen Koalition mit Einschluß ihrer Partei für die beste und „einzig mögliche“ Lösung der Regierungskrise ansehen, haben sich sowohl Zentrum wie auch die Demokraten und Sozialdemokraten gegen eine solche Kombination mit aller Entschiedenheit ausgesprochen.

Nicht geschlossen ist die Auffassung der Deutschen Volkspartei, von der ein erheblicher Teil für den Bürgerblock mit Einschluß der Deutschnationalen eintritt, während ein anderer diese Lösung ablehnt, mit der Begründung, daß man mit den Deutschnationalen zusammen das neue Kabinett nicht bilden könne, nachdem die Deutschnationalen den Führer der Deutschen Volkspartei, Stresemann, mitgestürzt haben.

Von wesentlicher Bedeutung ist, daß sowohl das Zentrum wie auch die Demokraten sich gegen ein unpolitisches Geschäftskabinett ausgesprochen und die Auffassung vertreten haben, daß unter allen Umständen eine parlamentarische Regierung mit einem dem Reichstage angehörenden Reichskanzler an der Spitze gebildet werden müsse. Dadurch scheidet die Kombination eines Kabinetts unter der Führung des früheren Reichsministers Albert aus, die unzweifelhaft vom Reichspräsidenten in ernste Erwägung gezogen worden war.

Das Zentrum würde am liebsten ein parlamentarisches Kabinett sehen, das sich auf die Parteien der Arbeitsgemeinschaft stützt und so zusammengesetzt ist, daß eine Verbindung nach der deutschnationalen Seite hin hergestellt wird.

Als Auffassung der Demokraten wurde dem Reichspräsidenten dargelegt, daß die beste Lösung ein Kabinett der Mitte wäre, das mit wechselnden Mehrheiten regieren könnte.

Die Auffassung der Sozialdemokratie ist bekannt. Es trifft nicht zu, daß die Sozialdemokratie die Wiederherstellung der alten Wirthschen Koalition (Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten) erstrebt, obgleich eine solche Kombination seit dem Zusammenschluß der beiden sozialistischen Parteien in die Vereinigte Sozialdemokratische Partei im Reichstag eine Mehrheit finden könnte.

Der Eindruck besteht, daß die Sozialdemokratie den Wiedereintritt in eine Regierungskoalition und die Uebernahme der Verantwortung für die Führung der Reichsgeschäfte nicht erstrebt. Sie würde sowohl ein Kabinett von der Mitte wie auch ein Geschäftskabinett tolerieren, unter der Voraussetzung, daß der militärische Ausnahmezustand innerhalb kurzer Frist abgebaut wird. Das ist heute ihre wichtigste innerpolitische Forderung.

In der ersten Nachmittagsstunde hat der Reichspräsident den Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz empfangen. An diese Tatsache wurden vielfach Vermutungen geknüpft, als ob Dr. Scholz mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut werden sollte. Soweit wir unterrichtet sind, trifft diese Vermutung nicht zu. Die Deutsche Volkspartei hat heute vormittag eine Fraktionsberatung abgehalten, und Dr. Scholz hat den Reichspräsidenten über die Auffassung seiner Fraktion informiert. Sie geht dahin, daß die Deutsche Volkspartei an der Person Dr. Stresemanns festhalte. Sie könnte nur eine Wiederbetrauung Dr. Stresemanns vorschlagen, und wenn diese nicht in Frage käme, von sich aus keinen Kandidaten namhaft machen. Auch das Zentrum lehnt es ab, den künftigen Reichskanzler aus seinen Reihen zu stellen.

Man hört aber im Reichstage, daß innerhalb des Zentrums und der demokratischen Fraktion die Absicht erwogen wird, als Führer eines Kabinetts der Mittelparteien den volksparteilichen Abgeordneten v. Kardorff vorzuschlagen, der aber wohl kaum annehmen würde, ohne vorher das Einverständnis Dr. Stresemanns eingeholt zu haben. Man setzt voraus, daß Abgeordneter v. Kardorff, wenn er mit der Kabinettsbildung betraut werden sollte, in das Kabinett, das sich auf die Arbeitsgemeinschaft stützen soll, zwei den Deutschnationalen nahestehende Persönlichkeiten aufnehmen würde, um sich die Unterstützung der Deutschnationalen für sachliche Vorlagen zu sichern. Die Kombination Kardorff wird im Reichstag ernst genommen. Ob sie verwirklicht wird, steht noch dahin. Es hat jedenfalls den Anschein, als ob es nicht gelingen würde, die Regierungskrise in den nächsten 48 Stunden zu lösen.

Auslieferung Gräfes.

Im Reichstage verlautet, daß General v. Seeckt als Inhaber der vollziehenden Gewalt an den Reichstag das Ersuchen gerichtet habe, der Aufhebung der Immunität ds Abg. v. Graefe zuzustimmen, damit er wegen Vergehen gegen die Verordnung des Reichspräsidenten strafrechtlich verfolgt werden könne.

Der Reichstag spart.

Verminderung der Mitgliederzahl?

Eine gemeinsame Sitzung des Aeltestenrates, des Vorstandes des Reichstages und der Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse des Reichstages beschäftigte sich heute mit der Frage, ob die Einschränkungen im Haushalt, die in der gesamten Reichsverwaltung getroffen werden, auch auf den Reichstag ausgedehnt werden sollen.

Bei dieser Gelegenheit wurde von dem Reichstagspräsidenten Loebe auch die Frage der **Verminderung der Zahl der Reichstagsabgeordneten gemeinsam mit den Länderparlamenten** und als Anregung auch für die Verminderung der Abgeordneten in den Länderparlamenten angeschnitten. Ein Landesparlament, das braunschweigische, hat bereits die Verminderung dieser Mitgliederzahl vorgenommen. Das bayerische Landesparlament hat bei dem Reichstag angefragt, ob er diese Angelegenheit nicht auch in Erwägung ziehen wolle. Die Mehrheit der Fraktionsvertreter hielt sich aber heute nicht für befugt, Beschlüsse in dieser Richtung zu fassen. Die weitere Verfolgung der Angelegenheit wurde vielmehr für die zweite Lesung des Wahlgesetzes im Rechtsausschuß zurückgestellt.

Das Düsseldorfer Abkommen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

✱ **Düsseldorf**, 24. November.

Wie die „Düsseldorfer Nachrichten“ melden, ist das Abkommen zwischen dem Bergbaulichen Verein und der Micum gestern abgeschlossen wurde, ein Mantelvertrag. Im Rahmen dieses Vertrages sollen in den nächsten vierzehn Tagen die einzelnen Werke ihre Sonderabkommen zu treffen haben. Der Vertrag ist von Generaldirektor Voegler-Dortmund als bevollmächtigtem Vertreter des Bergbaulichen Vereins in Essen unterzeichnet worden. Die Pariser Meldungen, die davon sprachen, daß Voegler lediglich im Namen einiger ihm nahestehender Bergwerksbesitzer unterzeichnet habe, sind unrichtig.

*

Wie das „Echo de Paris“ zu dem Abkommen meldet, wird der Bergbauliche Verein, der 80 v. H. der rheinisch-westfälischen Produktion vertritt, von nun ab 23. v. H. seiner Kohlenförderung und Koksproduktion an Frankreich zu liefern haben. Das Uebereinkommen mit den Industriellen entspreche dem, das mit der Gruppe Otto Wolff abgeschlossen wurde; jedoch mit einer Ausnahme: In dem Vertrag sei eine Art politische Klausel enthalten.

Deutscherseits seien die Anstrengungen gemacht worden, Frankreich zu zwingen, der Reparationskommission ungekürzt die Summen für die Sachlieferungen zu übermitteln.

Die französische Regierung habe nicht verabsäumt, zu behaupten, daß sie im Recht sei, gewisse Abzüge zu machen entsprechend den Besetzungskosten auf dem rechten Rheinufer. Die Absicht der Gegner sei darauf ausgegangen, in den Kontrakt eine Art Klausel einzufügen, die eine Art Protest gegen die Loyalität des Ruhrunternehmens darstellt. Gestern vormittag habe Poincaré mit General Degoutte dem Ingenieur Frantzen, dem Minister für öffentliche Arbeiten, dem Finanzminister und dem Kriegsminister beraten. Es sei beschlossen worden, daß die französische Regierung sich nur das Recht vorbehalten könne, die Angelegenheit direkt mit der Reparationskommission zu regeln, und daß die französische Regierung in keiner Weise die Freiheit der R. K. beeinträchtige.

Anklageschrift und Wahlprogramm.

Von

Dr. W. H. Edwards.

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

✱ **London**, 20. November.

Es ist gefährlich, die Vorstellungen eines traditionsgewohnten Landes außer acht zu lassen. Seit annähernd einem Jahrhundert war es eine unerschütterliche Tradition englischer Geschichte, daß konservative Kabinette bei wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Beharrung in der Außenpolitik Geschichte großen Stiles zu machen pflegten. Liberale Kabinette waren dagegen die ideellen Träger innerpolitischer, kulturpolitischer und wirtschaftspolitischer Ausgleichs- und Reformbestrebungen. Innerpolitische Spannungen, Unzufriedenheit der Mühseligen und Beladenen über die Erfolge einer kostspieligen nach außen glänzenden Prestigepolitik sowie Verbitterung über die Wunden, die der Imperialismus geschlagen hatte — Kanada, Südafrika und Irland —, sind von liberalen Kabinetten gelöst oder gemildert worden. Der Krieg, von einem für englische Verhältnisse anormalen Koalitionskabinett geführt, hinterließ als Erbschaft einen neu zu ordnenden Orient, Europa, das unter dem Druck eines Diktatfriedens weiterschwelte, und die einheimische Wirtschaft in einer Absatzkrise und Depression, die alles andere war als die Vorbedingung für eine goldene Aera, die, wie Lloyd George den demobilisierten Soldaten etwas kühn versprochen hatte, „ein Land gebären würde, wert von Helden bewohnt zu werden“. Wenn die konservative Partei statt von dem gediegenen Wirtschaftspolitiker Bonar Law, dem für das Maß eines Politikers allergrößten Stiles nur die intuitive Phantasie eines Bismarck und Disraeli fehlte, im Herbst vorigen Jahres von einem politischen Genie geführt worden wäre, so wäre es der Schar ehrgeiziger und schneidiger Unterstaatssekretäre nicht gelungen, in der historischen Versammlung im Carlton Club Lloyd George vor seinem Volke und vor der Geschichte von der Verantwortung zu entlasten, die Revision seiner undurchführbaren Friedensverträge selbst in die Hand nehmen zu müssen und das Problem zu lösen, in einer ärmeren Welt für eine sich mit unheimlicher Geschwindigkeit vermehrende Bevölkerung eines Handelsstaates ausreichende Arbeit zu finden.

Birkenhead, die stärkste Persönlichkeit in der konservativen Partei, der einzige Mann, vor dem Lloyd George zu zittern pflegte, weil er wußte, daß sein vierschrötiger, nervenloser Kollege die Brutalität besaß, das politisch in die Tat umzusetzen, was der Waliser nur als Rakete in der Volksversammlung aufsteigen ließ, riet Baldwin vor einem Jahre dringend, die Koalition nicht aufzulösen. Er glaubte, daß die konservative Partei viel stärker stand, wenn sie unter der Drohung des Austrittes von Lloyd George die nötigen Maßnahmen außenpolitischer Art erzwingen konnte — einen türkenfreundlichen Frieden und eine endgültige Regelung der Reparationsfrage —, ohne das eigene Parteiprestige mit diesen Rückzügen gegenüber den Versprechungen, die man den Wählern im November 1918 im Siegesrausch gemacht hatte, zu belasten.

Birkenhead ging in die Wüste, Baldwin, der damals die „Meuterei“ gegen die Koalition mit Lloyd George geführt hatte, gewann den kränklichen Bonar Law dafür, ein rein konservatives Parteikabinett zu bilden und vom Volke sich eine Vollmacht geben zu lassen, eine „Aera der Beruhigung“ durch eine stetige und gemäßigte konservative Politik herbeizuführen. Birkenhead, den die konservative Jugend bereits als einen neuen Disraeli feiert, hat recht behalten. Die Konservativen haben vergeblich versucht, sich mit der Regelung des verworrenen außenpolitischen Nachlasses von Lloyd George Lorbeeren zu holen. Sie haben zu der Erkenntnis gelangen müssen, daß England das europäische Chaos allein und mit diplomatischen Methoden nicht zu meistern vermag, sondern daß Amerikas Hilfe und eine grundlegende Umgestaltung der englischen Wirtschafts- und Finanzpolitik dazu notwendige Vorbedingungen sind. Die erweislich zutage getretene Abhängigkeit von Amerika und die zwingende Notwendigkeit, sich durch Schutzzölle gegen die Folgen der europäischen Wirren, die das englische Kabinett nicht zu beenden vermochte, zu wehren, haben auch dem kleinen Mann auf der Straße bewiesen, daß diese konservative Regierung nicht der Tradition gefolgt ist, eine wertvolle außenpolitische Ernte in die Scheuern zu bringen.

Mit unerhörter Schärfe hat das liberale Wahlprogramm (unterzeichnet von Asquith, der gemeinsam mit Grey „England in den Krieg hat hineinschlittern lassen,“ und von Lloyd George, der die Verträge von Versailles, St. Germain und Sèvres vor drei Jahren als „seine Kunstwerke“ in den siebenten Himmel gelobt hat) dem Kabinett